



BDI

Informationsgesellschaft
und Telekommunikation



Informationsgesellschaft – *FIT* machen für das 21. Jahrhundert

Kernbotschaften für die 17. Legislaturperiode
des Deutschen Bundestags

**Informationsgesellschaft –
FIT machen für das 21. Jahrhundert**

Kernbotschaften für die 17. Legislaturperiode
des Deutschen Bundestags

Vorwort

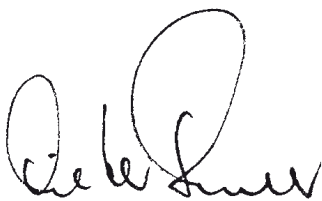
Moderne Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) bieten Antworten auf gesellschaftspolitische Herausforderungen des 21. Jahrhunderts. Innovative Anwendungen der Informationsgesellschaft ermöglichen neue Lösungen: für eine effizientere Energieversorgung, für reibungslose, sichere Mobilität, für eine bürger- und unternehmensfreundliche öffentliche Verwaltung, eine optimale Gesundheitsversorgung, für wettbewerbsfähige Bildungsangebote, neue Formate in Medien und Kreativwirtschaft, für effizientere Produktionsabläufe in der Industrie. Von all diesen Lösungen können Bürger und Unternehmen konkret profitieren.

Doch neue Dienste der Informationsgesellschaft erfordern eine Anbindung an schnelles Internet. Je zügiger Breitbandanschlüsse entstehen, desto stärker wirken Wachstums- und Innovationseffekte. Eine aktuelle Studie, die der BDI jüngst vorgesellt hat, zeigt das enorme Potenzial eines ehrgeizigen Breitbandausbaus: bis zum Jahr 2020 können in Deutschland 960 000 neue Arbeitsplätze entstehen. Das bedeutet ein zusätzliches BIP-Wachstum von 0,6 Prozentpunkten pro Jahr. Damit kann IKT den Aufstieg aus der Krise deutlich beschleunigen.

Wirtschaft und Politik stehen gemeinsam in Verantwortung, diese Chancen zu nutzen. Entscheidend sind optimale Rahmenbedingungen – auf europäischer und nationaler Ebene. Dazu gehört eine Regulierung, die Innovationen, Wettbewerb und Investitionen fördert. Eine Medienordnung, die dem digitalen Zeitalter gerecht wird. Und ein klares Engagement der Politik, um vernetzten Lösungen auch in der öffentlichen Verwaltung zum Durchbruch zu verhelfen. IKT schafft völlig neue Möglichkeiten, die begeistern können. Zugleich ist Vertrauen in die digitale Kommunikation entscheidend. Sicherheit, Verlässlichkeit und eine Versachlichung der Diskussion – darauf kommt es an.

Der BDI setzt auf die digitale Zukunft und wirbt für Vertrauen in sichere IKT-Lösungen. Die kommenden Jahre sind entscheidend für die Modernisierung unseres Landes durch leistungsstarke IKT-Infrastruktur. Der BDI stellt acht Empfehlungen vor für die 17. Legislaturperiode.

Wir freuen uns auf den gemeinsamen Dialog mit Ihnen.



Dieter Schweer
Mitglied der Hauptgeschäftsführung,
Bundesverband der Deutschen Industrie



Dr. Ben Möbius
Leiter Abteilung Infrastruktur,
Verkehr und Telekommunikation,
Bundesverband der Deutschen Industrie

Inhalt

Vorwort	5
Zusammenfassung:	
Informationsgesellschaft für das 21. Jahrhundert stärken	9
I. Breitband-Internet für ganz Deutschland	10
II. Umwelt und Ressourcen mit IKT schützen (Green IT)	11
III. Intelligente Mobilität nach vorne bringen	12
IV. Elektronische Verwaltung stärken für Bürger und Industrie (E-Government)	13
V. Gesundheitsversorgung durch Vernetzung verbessern (E-Health)	14
VI. Multimediale Bildungsangebote für alle (E-Education)	15
VII. Sicherheit und Vertrauen in neue Dienste stärken	16
VIII. Medien- und Kreativwirtschaft zukunftsorientiert verfassen	17
Impressum	18

Zusammenfassung

Informationsgesellschaft für das 21. Jahrhundert stärken

Unser Rohstoff für die Informationsgesellschaft im 21. Jahrhundert ist Wissen. Eine intelligente Vernetzung von Informationen schafft Wachstum und mehr Qualität in allen Bereichen der Wirtschaft – mit konkreten Vorteilen für die Bürger.

Hochmoderne Internetverbindungen öffnen eindrucksvolle Chancen für Wirtschaft und Bürger: von effizienterer Mobilität über Einsparungen bei Energiekosten bis zu einer verbesserten Gesundheitsversorgung, exzellenten Bildungsangeboten und neuartigen Unterhaltungsformaten. Der Wirtschaft ermöglicht der Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) effizientere Verfahren und innovative Produkte. Das stärkt die internationale Wettbewerbsfähigkeit.

Die Zukunft der Informationsgesellschaft muss Priorität haben in der 17. Legislaturperiode. Mit einem Umsatz von rund 135 Milliarden Euro und etwa 1,5 Millionen Beschäftigten trägt die IKT-Branche schon heute überdurchschnittlich zum gesamtwirtschaftlichen Wachstum bei. Mehr Innovationen, mehr Wachstum – das ist möglich, wenn die Rahmenbedingungen stimmen. Eine kohärente Politik für die Informationsgesellschaft ist dafür unverzichtbar.

Zusammenfassung der BDI-Positionen und Ziele

- **Breitband für alle:** Eine flächendeckende Versorgung mit schnellem Internet ist das Rückgrat der Informationsgesellschaft. Die Industrie ist zu milliardenhohen Breitbandinvestitionen bereit, wenn die Rahmenbedingungen richtig gesetzt werden.
- **Umwelt schonen durch IKT:** Die Politik sollte Lösungspotenziale vernetzter Dienste der Informationsgesellschaft ressortübergreifend stärker berücksichtigen. Chancen der Energie- und Ressourceneinsparung durch IKT sind zu erfassen und zu nutzen.
- **Intelligente Mobilität nach vorne bringen:** Die Politik hat Rahmenbedingungen zu schaffen für die Einführung flächendeckender, kompatibler, vernetzter Systeme und für Echtzeit-Verkehrsinformationen. So kann Mobilität noch effizienter und sicherer werden.
- **Elektronische Verwaltung stärken:** Die öffentliche Verwaltung sollte Vorreiter einer flächendeckenden, multimedial vernetzten Kommunikation sein. Dies führt zu verbessertem Service sowie Kosten- und Zeiteinsparung für Bürger und Industrie.
- **Gesundheitsversorgung durch Vernetzung verbessern:** Moderne IT-Strukturen des Bundes leisten Vorschub auch bei anderen IT-Diensten, zum Beispiel im Gesundheitswesen. Die Einführung der Gesundheitskarte muss vorangetrieben werden.
- **Vernetzte Bildungsangebote für alle:** Die Ausbildungslandschaft profitiert in erheblichem Maße von IKT-gestützten Angeboten. Investitionen in die IT-Ausstattung sowie qualifiziertes Lehrpersonal zur Vermittlung von Medienkompetenz sind notwendig.
- **Sicherheit und Vertrauen stärken:** Vertrauen der Nutzer in Verlässlichkeit und Sicherheit der Kommunikation ist die Basis für das digitale Zeitalter. Der Schutz von Daten muss sachlich diskutiert und mit Augenmaß unter Einbindung der Selbstregulierung angepasst werden.
- **Medien- und Kreativwirtschaft zukunftsorientiert verfassen:** Freie Medien sind Grundlage für unser demokratisches Gemeinwesen. Die digitalen Veränderungen erfordern im Medien-, Kreativ- und Unterhaltungssektor neue Regulierungsansätze, die einen klaren Rahmen für privatwirtschaftliche Aktivitäten herstellen.

I. Breitband-Internet für ganz Deutschland

Leistungsfähiges Breitband-Internet ist die zentrale Infrastruktur des 21. Jahrhunderts für Innovation, Wachstum und Beschäftigung. Schnelle, internetbasierte Datendienste verbessern Qualität und Effizienz mit konkreten Vorteilen für Wirtschaft und Verbraucher.

Schnelles Internet ist zum zentralen Standortfaktor für die Ansiedlung von Unternehmen und Familien geworden, gerade auch in ländlichen Räumen. Hier gibt es jedoch nach wie vor eine große Zahl von Gebieten ohne oder mit nur unzureichender Breitbandversorgung, die sogenannten »weißen« und »grauen Flecken«.

Ein zügiger Breitbandausbau führt zu enormen volkswirtschaftlichen Effekten: Nach einer vom BDI vorgestellten Studie können bis zum Jahre 2020 fast eine Million Arbeitsplätze sowie pro Jahr 0,6 Prozentpunkte zusätzliches BIP-Wachstum (170 Milliarden Euro) insgesamt erreicht werden.

Um leitungsgebundene sowie mobile Breitbandanbindungen überall verfügbar zu machen und deren Leistungsfähigkeit zu steigern, müssen jetzt die Rahmenbedingungen für massive private Investitionen in den Breitbandausbau – bis zu 35 Milliarden Euro – geschaffen werden.

BDI-Positionen und Ziele

- Rahmenbedingungen sind darauf auszurichten, dass die Breitbandziele der Bundesregierung erreicht werden. Diese sehen eine flächendeckende Versorgung von 1 Megabit pro Sekunde bis Ende 2010 sowie einen Ausbau von 75 Prozent der Anschlüsse auf 50 Megabit bis zum Jahre 2014 vor. Der BDI spricht sich dafür aus, jeden zweiten Internetanschluss bis 2020 zudem auf 100 Megabit pro Sekunde auszubauen:
 - Um die enormen, privat finanzierten Investitionen freizusetzen, muss auf nationaler und EU-Ebene Rechts- und Planungssicherheit geschaffen werden.
 - Rundfunkfrequenzen, die durch digitale Übertragungstechnik frei werden, sogenannte »Digitale Dividende«, sind für eine ortsungebundene Breitbandversorgung in der Fläche nutzbar zu machen. Eine störungsfreie Interaktion mit anderen Anwendungen ist von den Beteiligten sicherzustellen.
 - Zur Kostensenkung beim Breitbandausbau sollen bestehende Infrastrukturen nutzbar gemacht werden. Die Verlegung von Leerrohren bei öffentlichen Baumaßnahmen, sowie ein nationaler Infrastrukturatlas sind weitere Maßnahmen zur Hebung von Synergien.
 - Kooperationen der Netzbetreiber beim Breitbandausbau sind durch klare kartell- und regulierungsrechtliche Vorgaben zu ermöglichen und zu fördern.
- Eine staatliche Förderung des Breitbandausbaus, insbesondere durch Finanzhilfen und der Verlegung von Leerrohren, können sinnvoll sein, wo privat getragene Investitionen auf absehbare Zeit nicht realisierbar sind.
- Um das Potenzial des Breitbandausbaus zu nutzen, muss der Staat mehr politisches Engagement für vernetzte Dienste zum Beispiel im Bereich der elektronischen Verwaltung, Bildung, Mobilität und Gesundheitsversorgung leisten.

II. Umwelt und Ressourcen mit IKT schützen (Green IT)

Der intelligente Einsatz von IKT schützt Umwelt und Ressourcen mit erheblichen Kostenentlastungen.

Energieverbrauch ist ein zentraler Kostenbestandteil in der Produktion sowie der privaten Nutzung. »Green IT« bietet Lösungen: Denn so kann Energie unmittelbar in IKT-Geräten als auch durch den Einsatz von IKT und vernetzter Dienste im privaten Haushalt und in der industriellen Produktion eingespart werden.

Mittelfristig lassen sich bis zu 15 Prozent des gesamten Stromverbrauchs durch Green IT einsparen. Ein Beispiel für erhebliche Einsparpotenziale sind intelligente Stromnetze (Smart Grids). Rechenzentren, Telekommunikationsnetze und Endgeräte wie Fernseher bieten zusätzliche Chancen für einen energieeffizienten Verbrauch.

Der Markt für ökologisch nachhaltige IKT-Angebote weist enorme Wachstumspotenziale auf. Deutschland kann hier eine führende Weltmarktstellung einnehmen.

BDI-Positionen und Ziele

- Politik ist aufgefordert, in Zusammenarbeit mit der Industrie technologische Standards zügig zu entwickeln und durchzusetzen.
- Auf europäischer und internationaler Ebene sind Rahmenbedingungen und intelligente Fördermaßnahmen für eine innovative und wachstumsstarke Green IT gemeinsam mit der Industrie auszuarbeiten.
- Die Potenziale von Green IT zum Klima- und Ressourcenschutz müssen seitens der europäischen und internationalen Politik systematisch berücksichtigt werden.
- Politik und Wirtschaft müssen die Akzeptanz von Green IT gemeinsam steigern, indem zum Beispiel die Chancen zu Kosteneinsparung und Ressourcenschutz stärker kommuniziert werden.



Mit grüner IKT Energiekosten senken und Umwelt schonen. Foto: BDI/fotolia (bilderbox).

III. Intelligente Mobilität nach vorne bringen

Telematiksysteme im Verkehrswesen ermöglichen eine effizientere und umweltfreundliche Mobilität. Kompatible und flächendeckende Angebote sind dafür unverzichtbar.

Die Politik muss Rahmenbedingungen schaffen, dass erforderliche Infrastrukturen für IT-gestützte Verkehrssysteme zügig eingeführt werden.

Auf europäischer Ebene zielt der aktuelle EU-Aktionsplan zur Einführung intelligenter Transportsysteme (ITS) im Straßenverkehr auf einen gesamteuropäischen Ansatz zur Stauvermeidung sowie bessere Infrastrukturnutzung, höhere Verkehrssicherheit und intelligente Verkehrslenkung.

BDI-Positionen und Ziele

- Die frühzeitige Einbindung von IKT-Lösungen bei Erhalt, Neu- und Ausbau der Verkehrswege kann dazu beitragen, knappe öffentliche Gelder effizienter einzusetzen. Dies gilt zum Beispiel für das Mitverlegen von Leerrohren, insbesondere in Ballungsräumen und an Hauptverkehrsachsen.
- Notwendig sind flächendeckende, kompatible und vernetzte Verkehrssysteme, sogenannte Intelligent Transport Systems (ITS). Die Politik muss die Rahmenbedingungen schaffen, dass die erforderliche IT-Infrastruktur sowie die Übertragung von Echtzeit-Verkehrsdaten zügig realisiert werden. Grundlage könnte eine »Nationale Roadmap Intelligente Verkehrssysteme« bilden, die Projekte bündelt und Forschungslücken offenlegt.
- Der ITS Aktionsplan der EU ist grundsätzlich richtig. Der Fokus der dazugehörigen ITS Richtlinie sollte auf technischen Standards und konkreten Anwendungen liegen. Dazu gehören die Einführung von RTTI, ein Parkplatzinformationssystem insbesondere für Ballungszentren und Fernstraßen sowie die Entwicklung der Car2x-Fahrzeugkommunikation. Die Richtlinie zur Interoperabilität von Mautsystemen – als Teil des Aktionsplans – muss zügig umgesetzt werden.
- Die Politik muss den Rechtsrahmen für Mautmehrwertdienste auf Basis des deutschen Lkw-Mautsystems rasch klären. Eine diskriminierungsfreie Frequenzvergabe für die Car2x-Kommunikation ist ebenso erforderlich wie der Erlass transparenter Vergabekonditionen.
- Industriestandards sind in Zusammenarbeit von Staat und Industrie zu entwickeln.

IV. Elektronische Verwaltung stärken für Bürger und Industrie (E-Government)

Die Einbindung von Online-Kommunikation in der öffentlichen Verwaltung führt zu schnelleren und besseren Angeboten sowie erheblichen Einsparungen – bei Bürgern, Industrie und Verwaltung.

Jedes Jahr geben deutsche Unternehmen noch immer über 47 Milliarden Euro für die Kommunikation mit der öffentlichen Verwaltung aus. Das ist zu viel und belastet gerade kleine und mittelgroße Betriebe. Innovative IT-Dienste der öffentlichen Verwaltung bieten erhebliches Potenzial für schnellere Abläufe mit mehr Qualität und Leistung.

So ermöglichen rechtsverbindliche elektronische Kommunikation (»De-Mail«) und sichere Portale im Internet neue Kommunikationsstrukturen – auch für die Kommunikation innerhalb der Wirtschaft. Zum Beispiel kann die Eröffnung eines Bankkontos ohne Umwege per sicherer Online-Authentifizierung erfolgen, Einschreiben können kostengünstig und ohne Medienbruch online versandt werden.

BDI-Positionen und Ziele

- Ausarbeitung und Umsetzung einer E-Government-Gesamtstrategie durch Staat und Wirtschaft. Die fortlaufenden Ergebnisse des Nationalen IT-Gipfels zu E-Government bieten dafür eine gute Grundlage.
- Auf Grundlage der EU-Dienstleistungsrichtlinie müssen Verwaltungsstrukturen vereinfacht werden, um multimedialen Dienstleistungszentren und andere IT-basierte Einrichtungen des Staates sektorübergreifend zu ermöglichen.
- Allgemeine Akzeptanz von moderner Kommunikation in der öffentlichen Verwaltung durch sachliche Debatte über Sicherheitsrisiken und Chancen stärken. Vorteile für Bürger und Wirtschaft müssen sichtbar werden.



E-Government entlastet sowohl Bürger als auch Verwaltung. Foto: BDI/fotolia (Denise Betak)

V. Gesundheitsversorgung durch Vernetzung verbessern (E-Health)

Moderne Kommunikationstechnologien im Gesundheitswesen ermöglichen große Fortschritte für die medizinische Versorgung zum Wohle der Patienten. Zugleich werden Impulse für Effizienz, Wachstum und Beschäftigung freigesetzt.

Als Grundlage für eine IT-gestützte Modernisierung der Gesundheitsversorgung wurde die elektronische Gesundheitskarte entwickelt. Sicherheit und Vertraulichkeit der Gesundheitskarten sind ein Kernthema. Sie sind unabdingbare Voraussetzung und werden heute durch hochmoderne Methoden der Verschlüsselung (2048-Bit) gewährleistet.

Mit der vernetzten Kommunikation können wichtige Patientendaten sicher an den behandelnden Arzt übermittelt werden. Mehrfachverordnungen und kostenintensive Doppeluntersuchungen sowie schädliche Wechselwirkungen werden vermieden. Bis zu fünf Milliarden Euro lassen sich pro Jahr einsparen, die für eine verbesserte medizinische Versorgung eingesetzt werden können.



Moderne IT ermöglicht eine kommunikationsgestützte moderne Gesundheitsversorgung. Foto: BDI/fotolia (contrastwerkstatt).

BDI-Positionen und Ziele

- Die Politik soll die Diskussion und Aufklärung über Nutzen und Chancen der Gesundheitskarte auf nationaler und internationaler Ebene vorantreiben.
- Gesundheitsmarkt von Überregulierung befreien und für technische Innovationen öffnen.
- Die elektronische Gesundheitskarte sukzessiv einführen, um Angebote und Leistungsstrukturen voranzubringen. Die Kommunikation und Datenerfassung in Arztpraxen ist auf diese Weise durch zuverlässige und sichere IT-Vernetzung zu verbessern.
- Politische Bemühungen müssen verstärkt werden, damit auch freiwilligen Zusatzleistungen der elektronischen Gesundheitsdienste zum Vorteil der Patienten zum Durchbruch verholfen wird.

VI. Multimediale Bildungsangebote für alle (E-Education)

Um im internationalen Wettbewerb des 21. Jahrhunderts zu bestehen, braucht Deutschland die weltweit besten Fach- und Führungskräfte. Bildung ermöglicht Kreativität und Innovationen.

Deutschland kann einen Spitzenplatz im Bildungswesen und damit Standortvorteile für die Wirtschaft sichern: Im Zusammenspiel mit bester pädagogischer Betreuung fördern moderne Technologien eine zeitgemäße Lern- und Lehrkultur.

Über vernetzte Kommunikation werden Lehrvorgaben zügig angepasst und Inhalte aktualisiert. Multimediale Angebote ermöglichen effiziente Vorbereitungen und bieten anschauliches Unterrichtsmaterial – für Schule, Beruf und die außerberufliche Aus- und Fortbildung.

Das Ziel ist eine spürbare Modernisierung der gesamten Ausbildungslandschaft mit verbesserter Medienkompetenz schon in der Schulzeit. Das braucht unser Land – für Kreativität, für unseren Wohlstand von morgen.

BDI-Positionen und Ziele

- Die Politik muss gewährleisten, dass öffentliche Aus- und Fortbildungseinrichtungen flächendeckend mit zeitgemäßer Informationstechnologie ausgestattet werden.
- Medienkompetenz muss zum integralen Bestandteil einer Allgemeinbildung werden, bei der Bürger schon in jungen Jahren den verantwortungsvollen Umgang mit digitalen Medien lernen.
- Neue Medien sind in Lernprozesse als selbstverständlicher Bestandteil einer modernen Ausbildung zu integrieren.
- Lehrpersonal ist so auszubilden, dass es Herausforderungen der neuen Medien umfassend vermitteln kann.



Vernetzte Bildungsangebote gehören zu einer zeitgemäßen Lern- und Lehrkultur. Foto: BDI/fotolia (endostock)

VII. Sicherheit und Vertrauen in neue Dienste stärken

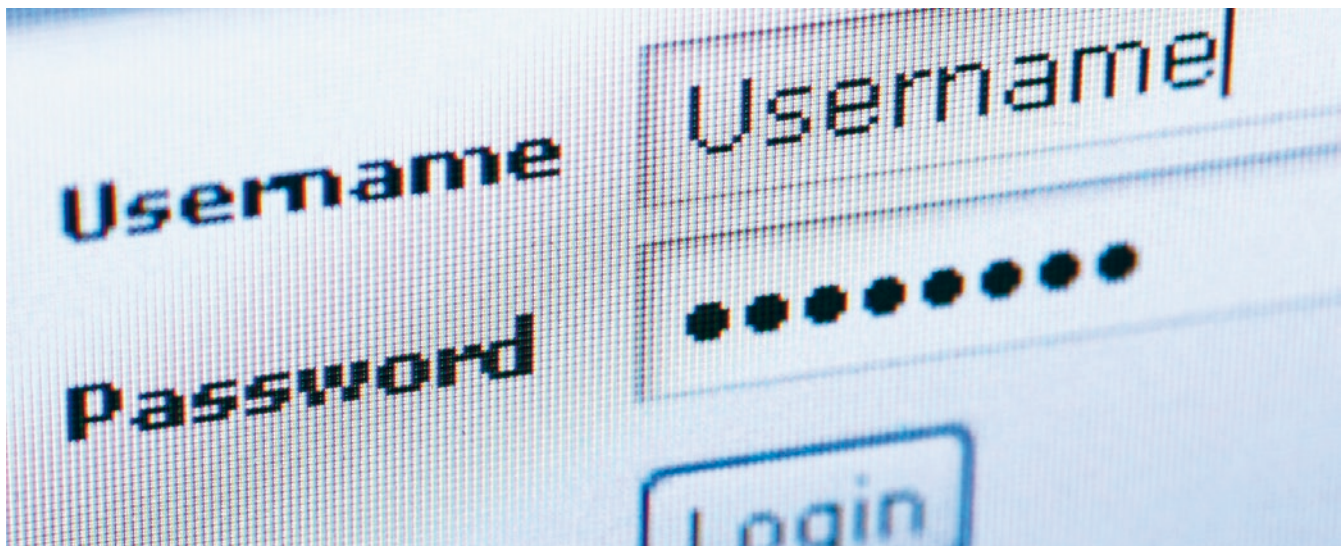
Die elektronische Kommunikation im Alltag eröffnet neue Fragen von Sicherheit und Vertrauen. Neue Technologien werden nur dann akzeptiert und genutzt, wenn Bürger und Wirtschaft in eine sichere Kommunikation vertrauen.

Das Vertrauen der Nutzer in die Verlässlichkeit und Sicherheit der Kommunikation ist Grundlage für das Digitale Zeitalter. Sie stärkt die Zuwendung zu neuen Diensten und fördert damit die Teilhabe jedes Bürgers an der Informationsgesellschaft.

Der Schutz kritischer Infrastrukturen sowie die Sicherheit von Daten, auch gegenüber virtuellen Angriffen, ist deshalb eine wichtige Voraussetzung. Erforderliche Maßnahmen sind daran auszurichten, dass sie zum Schutz geeignet und verhältnismäßig sind sowie die Freiheit von Bürger und Wirtschaft geringstmöglich einschränken.

BDI-Positionen und Ziele

- Das Vertrauen der Verbraucher in moderne und sichere Informationstechnologien ist unverzichtbar. Politische Maßnahmen zu diesem Zwecke sind am Leitbild des mündigen, informierten Verbrauchers auszurichten. Sie dürfen die Entwicklung und Einführung neuer Dienste der Informationsgesellschaft nicht beeinträchtigen.
- Sicherheitsrisiken in der elektronischen Kommunikation müssen sachorientiert diskutiert werden. Übermäßige Belastungen wie die Vorratsdatenspeicherung müssen vermieden bzw. rückgängig gemacht werden.
- Datenschutzrechtliche Fragen der digitalen Entwicklung sind in Zusammenarbeit von Staat und Wirtschaft effizient und wirksam zu lösen. Selbstregulierung oder Ko-Regulierung sind durch ihre Sachnähe und hohe Akzeptanz gesetzlichen Maßnahmen grundsätzlich vorzuziehen.
- Entwicklung von Sicherheitsstandards sollen in Kooperation von Staat und Industrie auch international vorangetrieben werden.



Vertrauen in IKT ist ein wichtiges Gut. Foto: BDI/fotolia (Valerie Potapova)

VIII. Medien- und Kreativwirtschaft zukunftsorientiert verfassen

Eine starke Medienlandschaft ist für unsere demokratische Gesellschaftsordnung unverzichtbar. Die Medien- und Unterhaltungsindustrie befindet sich in einer Umbruchphase, für die neue Rahmenbedingungen erforderlich sind.

Die Digitalisierung und Konvergenz von Endgeräten, Inhalten und Telekommunikation stellt die Medien- und Kreativindustrie vor neue Herausforderungen.

Die Regulierung in der heutigen Form wird den Entwicklungen nicht mehr hinreichend gerecht. Sie verursacht Rechtsunsicherheit, hemmt innovative und zukunftsorientierte Formate und schwächt die Medienlandschaft – zu Lasten der freiheitlichen Gesellschaft insgesamt.

Zunehmende Beschränkungen der kommerziellen Kommunikation auf nationaler und europäischer Ebene erschweren die Finanzierung notwendiger Investitionen in neue Mediendienste.

BDI-Positionen und Ziele

- Die Landes- und Bundespolitik ist aufgefordert, bestehende Regulierungsstrukturen im Bereich der (konvergierenden) Medien systematisch auf den Prüfstand zu stellen und transparent sowie zukunftsorientiert auszugestalten.
- Industrie und Politik müssen den Urheberschutz mit den Bedürfnissen innovativer Kommunikationsformen des Internets in Einklang bringen.
- Das Medienkonzentrationsrecht ist darauf auszurichten, dass die Anforderungen des Medienpluralismus in Einklang mit den Ansprüchen international wettbewerbsfähiger und integrierter Medienunternehmen gebracht werden.
- Die gesellschaftspolitische Relevanz einer starken privaten Medien- und Unterhaltungsindustrie muss von der Politik klarer kommuniziert werden.
- Eine Verzerrung des Wettbewerbs durch öffentlich-rechtliche Angebote im Internet ist durch effiziente Aufsichtsstrukturen zu vermeiden. Eine Reform des gegenwärtigen Einzugsgebührens systems (GEZ) zu Gunsten einer personengebundenen Abgabe ist ein Gebot der Gerechtigkeit und Ökonomie.
- Eine Regulierung von Online-Werbeverhalten (»Online Behavioural Advertising«) sollte auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene am Prinzip der Selbstverpflichtung der Wirtschaft ausgerichtet werden.
- Eine zunehmende Beschränkung der Werbefreiheit ist in Übereinstimmung mit dem Leitbild des mündigen und informierten Verbrauchers zu entgegenzuwirken.

Impressum

BDI-Drucksache Nr. 435
ISSN: 0407-8977
Stand: Oktober 2009

Herausgeber:

Bundesverband der Deutschen Industrie e.V. (BDI)
Abteilung Infrastruktur, Verkehr und Telekommunikation
Breite Straße 29
D-10178 Berlin
T: 030 2028-0
www.bdi.eu

Redaktion:

Dr. Michael Littger, LL.M.
RA, Europajurist
T: 030 2028-1416
E-Mail: m.littger@bdi.eu
www.bdi.eu/informationsgesellschaft

Verlag:

Industrie-Förderung Gesellschaft mbH

Fotos:

Cover: BDI/fotolia (Mikael Damkier), BDI/photocase,
BDI/fotolia (Thierry Burot)

Gestaltungskonzept:

Factor Design

Layout und Druck:

DCM Druck Center Meckenheim GmbH
www.druckcenter.de

